

# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

20 Pfennig

## Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800  
11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

### Die Siedler von Böhle.

Von

Ludwig Kapeller,

Leiter der Redaktion der „Vossischen Zeitung“.

Im Sonnabend-Morgenblatt berichteten wir über eine Anfrage in der Nationalversammlung, die sich mit der Siedlung Schmudes beschäftigte und bittere Klagen über das geringe Entgeltkommen der Großgrundbesitzer führte. Zu der Erklärung der Reichsregierung, daß sie mit der preussischen Regierung verhandele, um eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen, scheinen die folgenden Ausführungen im Augenblick von besonderem Interesse.

Als etwa acht Monaten an dieser Stelle zum ersten Male auf das Unternehmen des Hauptmanns Detlef Schmude hingewiesen wurde, da war in Böhle noch alles im Werden. Mit einer Schar Erwerbsloser war er aus Magdeburg gekommen, mit seinen Leuten in die Braunkohlen gegangen und hatte Kohlen geschauft und Loren geschoben. Sein Plan war so einfach, sein Ziel schien so unerreichbar, daß auch Gutgläubige ihn für einen Phantasten hielten. Damals schrieb ich, nach einem Besuch in Böhle, an dieser Stelle: Seine Siedlungspläne besaßen durch ihr unbürokratisches Draufgängertum, durch den verblüffend einfachen Gedankengang: wir heben, durch eigene Arbeit, die Förderung der Kohle; haben wir Kohle, so können wir Ziegel brennen, können bauen. Arbeitskräfte stellen wir selbst, soweit wenigstens, um die Uebersteuerung des Bauens auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Land stellt der Staat zur Verfügung, ein großer Teil der Unkosten wird vom Reich, vom Staat, von den Unternehmern aufgebracht.

Schon damals haben wir darauf hingewiesen, daß Schmude schwer gegen das Gestripp bürokratischer Formentkram anzukämpfen haben wird; und tatsächlich hat es zehn Monate gedauert, bis der erste Bau begonnen werden konnte. Der Kampf ums Land war der langwierigste: die kleinen Besitzer, in deren Bereich geeignete Bauplätze lagen, wollten und konnten nicht abgeben, ohne die Wirtschaftlichkeit ihres Betriebes zu gefährden. Aber die Einsichtigen unter den Bauern waren gern bereit, ein paar für die Siedler günstig gelegene Morgen abzutreten, wenn sie aus Domänen oder Großgrundbesitz entzogen würden. Und da versagte das Siedlungsgesetz, nach dessen Ausführungsbestimmungen nur Bauland unmittelbar, nicht aber mittelbar als Austauschland enteignet werden darf. Da gab es denn endlose Reisen nach Berlin, durch sämtliche Ministerien und überall versprach man den Siedlern „wohlwollen“ Erwägung“, die die Ungebild der Böhler auf eine har. Probe stellte. Immerhin muß anerkannt werden, daß zwei Großgrundbesitzer, Fürst Putbus und Baron von Bellheim, schließlich Siedlungsland abgaben, und zwar zu sehr günstigen Bedingungen. Die Siedler hatten gehofft, aus Heeresbeständen Lastautos oder ein paar Pferde oder Bauholz zu bekommen; aber es blieb bei den „wohlwollenden Erwägungen“.

Ohne Laubaus, ohne Pferde, fast ohne jede amtliche Hilfe haben sie ihr erstes Haus geschaffen und am letzten Sonnabend die erste feste Gemeindefestung. Ein wenig Glück war wohl auch dabei: sie kauften eine alte Ziegelei, und wochenlang hatten die Frauen und die Kinder an dem toten Mauerwerk, die kostbaren Ziegel zu neuer Bestimmung zu lösen; die Halbwildschweine schleppten die Steine eine halbe Stunde weit, und die Männer eilten, nach achtstündiger Grubenarbeit, freudig an ihren Bau, mauerten und zimmerten und wurden nicht müde. Einer half dem andern; die ganze Gruppe baute an dem Haus des ersten Siedlers, und der nächste weiß, daß bei seinem Bau alle ihm helfen werden.

Und dieses erste Nichts ist ein bedeutungsvolles Zeichen, ein Vorbild und ein Vorbild: die Böhler haben gezeigt, daß eine entschlossene Schar, von einem tatkräftigen Führer geleitet und zusammengehalten, alle Schwierigkeiten zu überwinden vermag; daß in deutschen Arbeitern noch ein Mut und eine Kraft leben, die für Deutschlands Zukunft hoffen lassen.

Aber auch der Mut der Entschlossensten muß endlich vertragen an der Zähigkeit des amtlichen Bürokratismus. Nicht zehn verschiedene Behörden sind nötig, um den Bau einer Heimstätte im Rentengutsverfahren zu ermöglichen! Und für jeden neuen Bau wiederholt sich dieser Weg, den der Amtschimmel nicht im Galopp zurückzulegen pflegt. Und ein großer Gewinn schon, wenn die Siedler wenigstens diesen Weg ermittelt haben und sämtliche „Zuständigkeiten“ kennen; die Böhler kennen diesen Lebensweg jetzt.

Und so wird Böhle auch zu einer wertvollen Lehre. Das Bergarbeiter-Heimstättengesetz wird demnächst die Nationalversammlung beschäftigen. Da ist die Gelegenheit, den „Dienstweg“ zu vereinfachen und das Siedeln nach Schmudem Muster zu erleichtern. Dazu ist vor allem eine stärkere Beachtung der örtlichen Verhältnisse notwendig; was in Böhle ohne weiteres möglich ist, köstet in andern Gebieten vielleicht auf Schwierigkeiten. Deshalb müßte die Zuständigkeit der Unterbehörden so erweitert werden, daß sie die Siedlungs- und Enteignungsanträge selbständig bearbeiten können und nur der letzten Genehmigung der Zentralstellen bedürfen.

Der Mangel an Baustoffen könnte zum mindesten gemildert werden, wenn man einmal das Verbot der Augusbanen

streng durchführt und den Begriff baufälliger Mauerwerke enger faßt. Viele Mauern und Schuppen würden treffliche Bausteine hergeben; aber der Wohnungskommissar betrachtet sie als „Mauerwerke“ und damit sind sie der Enteignung entzogen. Was während des Krieges möglich war, wertvolle, zum Teil historische Gloden zu beschlagnahmen, um mit dem gewonnenen Metall Mauerwerke zu zerlegen, das sollte erst recht heute Pflicht sein, um den Wiederaufbau Deutschlands zu erleichtern oder überhaupt zu ermöglichen; und hier handelt es sich nicht um durch Empfindungen geweihte Kirchenglocken, sondern um brüchiges Mauerwerk, um verfallende Schuppen, um Heeresgerät, das unproduktiver Verschlebung entzogen werden soll.

Dem die Siedlungsbewegung, die Sehnsucht des Arbeiters nach einem eigenen Heim, einem Stückchen Ackerland, ist heute weit über Böhle hinaus ins Land gedrungen. Allein in diesem Braunkohlengebiet warten anderthalbtausend Siedler auf Erfüllung ihrer Hoffnungen, und kräftig greift die Bewegung um sich ins benachbarte Ralgebiet nach Rassel hinüber, und ins Mansfelder Kohlenrevier. Auch dort sind Genossenschaften nach dem Muster der Schmudeseher „Arbeits- und Siedlungsgemeinschaft Neu-Deutschland“ gegründet oder im Entstehen begriffen. Heute, im verarmten Deutschland, gibt es nur einen Weg zur Heimstätte, den Weg Schmudes: über die eigene Arbeit zur Siedlung. Und arbeiten wollen sie alle gern.

## Das Manifest von San Remo.

### Der Wortlaut der Erklärung.

Drahtmeldung.

Paris, 26. April. (W. Z. B.)

Nach einer Havasmeldung aus San Remo hat der Oberste Rat in seiner heutigen Vormittagsung endgültig die gemeinsame Erklärung gebilligt. Die Annahme des Textes habe Gelegenheit zu einer bedeutenden Diskussion gegeben. Ritti habe sich gegen militärische Maßnahmen ausgesprochen. Lloyd George und Millerand hätten ihm die Notwendigkeit dieser Coentualität bewiesen, der japanische Botschafter Matsui und Symans im Namen Belgiens hätten sich dem französisch-englischen Standpunkt angeschlossen, der schließlich geilligt habe.

Die Erklärung, die von den Alliierten in San Remo am Schluß der Arbeiten der Konferenz angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Die alliierten Regierungen haben von dem Brief des Herrn Goepfert vom 20. April Kenntnis genommen, der das Ersuchen des deutschen Reichswehrministers, ein Heer von 200 000 Mann anstatt der im Vertrag von Versailles vorgesehenen 100 000 Mann zu unterhalten, enthält, ein Ersuchen, das mit der Notwendigkeit, die Ordnung aufrechtzuerhalten, begründet wird. Die Alliierten halten darauf, sofort zu erklären, daß ein Vorschlag dieser Art nicht einmal geprüft werden kann, solange Deutschland die wichtigsten Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht erfüllt und nicht zur Entwaffnung schreitet, von der der Weltfrieden abhängt. Deutschland hat seine Verpflichtungen nicht erfüllt, weder hinsichtlich der Zerstörung des Kriegsmaterials, noch der Herabsetzung der Effektivbestände, noch der Kohlenlieferungen, noch der Wiedergutmachungen und der Kosten für das Befehlsgewalt. Es hat weder Genugtuung gegeben, noch sich entschuldigt für die Anschläge, die wiederholt auf Mitglieder alliierter Missionen verübt wurden. Es hat auch noch nicht, wie es im Protokoll des Friedensvertrages vorgesehen ist, Maßnahmen getroffen, um seine Verpflichtungen hinsichtlich der Wiedergutmachungen zu bestimmen und um Vorschläge zu machen, damit deren von Deutschland zu zahlender Gesamtbetrag festgelegt werden kann, trotz des dringenden Charakters, den eine Regelung dieser Art im Interesse aller in Frage kommenden Parteien hat. Deutschland scheint noch nicht einmal geprüft zu haben, wie es seinen Verpflichtungen nachkommen kann, wenn sie verfallen.

Die Alliierten leugnen die Schwierigkeiten nicht ab, denen die deutsche Regierung gegenübersteht, und suchen ihr nicht eine unangenehme Interpretation des Friedensvertrages aufzuzwingen, aber sie sind einig in der Erklärung, daß sie die Fortsetzung der Uebertretungen des Friedensvertrages von Versailles nicht dulden können, daß dieser Vertrag ausgeführt werden muß, daß er die Basis der Beziehungen Deutschlands zu den Alliierten bildet, und daß die Alliierten entschlossen sind, alle Maßnahmen zu ergreifen, selbst, wenn es notwendig sei, auch zur Besetzung eines neuen Teiles des deutschen Gebietes zu schreiten, um die Ausführung des Vertrages sicherzustellen. Die Alliierten erklären übrigens, daß sie nicht die Absicht haben, irgendeinen Teil des deutschen Gebietes zu annektieren.

Die Alliierten glauben, daß die durch die Verletzungen des Friedensvertrages aufgeworfenen Fragen und die zur Sicherstellung ihrer Ausführung notwendigen Maßnahmen auf leichtere Art durch einen Meinungsaustausch zwischen den Regierungschefs sichergestellt werden können als durch Noten. Die Alliierten haben sich deshalb entschieden, die Chefs der deutschen Regierung zu einer direkten Konferenz mit den Chefs der alliierten Regierungen einzuladen. Sie wünschen, daß für die vorgesehene Zusammenkunft die deutsche Regierung ihnen präzise Erklärungen und Vorschläge über alle ungelösten Gegenstände unterbreite. Wenn man zu einer nach jeder Hinsicht befriedigenden Regelung

gelangt, werden die alliierten Regierungen geneigt sein, mit den deutschen Vertretern alle Fragen zu diskutieren, die sich auf die innere Ordnung und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands beziehen. Aber Deutschland muß begreifen, daß die Einigkeit der Alliierten in Bezug auf die Ausführung des Friedensvertrages ebenso innig ist, wie sie es während des Krieges war, und daß das einzige Mittel für Deutschland, seinen Platz in der Welt wieder einzunehmen, in der loyalen Ausführung der Verpflichtungen, die es unterschrieben hat, besteht.

### Der Eindruck der Note.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

mp San Remo, 27. April.

In letzter Stunde ist auf französischem Druck hin gegen die unspringliche Absicht die Antwort an Deutschland ausführlicher geworden. Die Note über die Einladung ist vom ersten Text verblieben, aber durch ein neues Schriftstück ergänzt worden, dessen Inhalt bei Eintreffen dieses Telegramms bereits bekannt sein dürfte. Der Wortlaut steht zwar Zwangsmassnahmen vor, jedoch ausdrücklich nur solche, die gemeinsam getroffen werden müssen. Dieses „gemeinsam“ ist der Schlüssel zu der gesamten Beurteilung der Note.

Ein diplomatischer Teilnehmer an der Konferenz verabschiedete mich mit den Worten: „Das Vokabularium ist das alte geblieben, der Geist aber ist ein neuer geworden. Alles hängt von Deutschland ab.“ Ich glaube für die Richtigkeit des allgemeinen Eindruckes eintreten zu können, daß Deutschland, wenn es eine Ueberlastung vermeidet, sich gradweise der Natur der den Dingen innerwohnenden Weiterentwicklung ohne Nervosität anpassen kann, aus dem Anfang von San Remo gute Früchte ernten kann.

Auf die Frage, welche Richtung innerhalb der Konferenz nach seiner Ansicht den Sieg davontrage, gab mir der oben genannte diplomatische Gewährsmann die ausgezeichnet umschreibende Antwort, in der Form habe Millerand, in der Sache Ritti geilligt.

In französischen Kreisen auf der Konferenz sieht man den Beschluß der Entente als einen reiflichen Sieg des französischen Standpunktes an, umso mehr als die Aufrechterhaltung des Versailleser Vertrages und die Erfüllung seiner Bedingungen als Richtschnur für die weiteren, Deutschland zu gewährenden Erleichterungen oder aufzulegenden Beschränkungen anerkannt worden ist. — Im englisch-italienischen Lager dagegen erachtet man die Einladung des Kanzlers, der nicht nur gehört werden, sondern gleichberechtigt an der Diskussion teilnehmen soll, als einen Schritt von besonderer Bedeutung zur Klärung der gegenseitigen Positionen. Es steht zwar fest, daß der Kanzler sich zunächst nur zu äußern haben wird, welche Summen Deutschland zahlen könne. Wenn jedoch auch die Bestätigung des unveränderten Fortbestandes des Vertrages von Versailles in der Ablehnung der deutschen Forderungen nach Erhöhung der Heeresbestände, Artillerie und Flugzeuge enthalten ist, so schließt die Absicht der Verbündeten, den Kanzler über Deutschlands Leistungsfähigkeit zu befragen, doch nicht aus, daß dieser die Bedingungen aufzählt, unter denen die deutsche Regierung die in Spar zu treffenden Abmachungen garantieren könnte. Wenn die deutsche Zahlungsfähigkeit aufs engste mit der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung zusammenhängt, wird der deutsche Reichskanzler von den Voraussetzungen sprechen müssen, unter denen allein die innere Ordnung gesichert werden kann. In englisch-italienischen Kreisen jedoch auch in französischen Kreisen ist in hohem Grade Neigung vorhanden, im eigenen Interesse Deutschland vor neuen Ueberlastungen zu bewahren. Hierzu gehört eine etwaige Erhöhung der Polizeitruppen und die graduelle Entwaffnung.

Im deutschen Interesse ist zu hoffen, daß der deutsche Kanzler dem parlamentarischen Parlament in Brüssel besser gerecht wird, als die letzten deutschen Noten, die nach allgemeinem Urteil die unglücklichste Leistung der deutschen Nachkriegsdiplomatie darstellen. Man ist es unbestreitlich, wie man die zur Erhöhung der Polizei-